

PRESSEERKLÄRUNG

Freiburg, den 4. Mai 2012

Ein Spital wie ein Unternehmen führen? Bieten wir diesen Auswüchsen Einhalt!

Der Verband der Freiburger Staatsangestellten steht voll hinter seinen KollegInnen im Gesundheitswesen, die einem immer unhaltbareren Druck ausgesetzt sind. Er prangert die absurde Entwicklung an, dem öffentlichen Dienst eine unternehmerische Logik aufzwingen zu wollen. Zudem erachtet er es als dringend, erneut die Frage der Spitalfinanzierung aufzugreifen, die sich als offensichtlich ungenügend erweist.

„Wir sind von einem wirklichen Service public auf einen unternehmerischen Service public umgestiegen“, erklärte der neue Verwaltungsratspräsident des Freiburg Kantonsspitals (HFR). Was aber ist ein „echter“ Service public? In erster Linie ist es eine Dienstleistung, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen muss, ob sie nun in Freiburg oder Bellegarde wohnhaft ist. Dieser Auftrag ist durch die gegenwärtigen Auswüchse jedoch ernsthaft bedroht.

Die Grenzen des Wettbewerbs

Mit seiner Erklärung betätigt sich Ph. Menoud als Brandstifter. Schon heute wissen alle Betroffenen, dass die neue Spitalfinanzierung die gesamte Branche destabilisiert und alle Beteiligten hochgradig beunruhigt. Diese Gegenüberstellung von öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft, dieser Wahn, Letztere um jeden Preis gegenüber Ersterer zu privilegieren und alle Hoffnungen auf darauf zu setzen, ist ebenfalls bereits überholt. Erfahrungen im Ausland, in den Vereinigten Staaten, England, aber auch Deutschland, haben gezeigt, dass sich mit der Privatisierung der Spitäler deren Qualität verschlechtert und die ärmsten Bevölkerungsschichten benachteiligt werden, da der Zugang zu Leistungen immer mehr erschwert wird. Das Personal wird dabei einem absurden Druck ausgesetzt, der oft die

korrekte Ausführung der Arbeit verhindert.

Die Forderung nach einer Gesetzesrevision

Immer mehr Beteiligte fordern eine Revision der Spitalfinanzierung. Erst kürzlich haben die fünf Universitätsspitäler klar vermittelt, dass sie sich mit der vorgesehenen Finanzierung nicht zufrieden geben können. Höchste Zeit, dass sich der HFR-Verwaltungsrat und der Staatsrat den zahlreichen Beteiligten anschliessen, die den Bundesrat auffordern, über die Bücher zu gehen. Alle Partner dieses Kantons müssen sich ab sofort darauf konzentrieren, den „Schaden zu begrenzen“ und Lösungen zu finden, die erlauben, eine qualitativ hochwertige Pflege und erträgliche Arbeitsbedingungen für das Personal beizubehalten. Dass diese Bedingungen bereits die Grenze des Akzeptablen erreicht haben und den Mitarbeitenden nicht zugemutet werden kann, weiteren Sonderbemühungen zuzustimmen, ist kein Geheimnis. Das gesamte Personal der Staatsangestellten des Kantons Freiburg, die in der FEDE organisiert sind, unterstützt uneingeschränkt das Pflegepersonal in seinen Forderungen, um einen Gesundheitsdienst zu gewährleisten, welcher der gesamten Bevölkerung zugute kommt

Für die FEDE - Der Präsident - Bernard Fragnière .